

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt

Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 19.09.2003, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

Anwesend sind:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann,
Christine
Herr Stadtrat Biver, Nico
Herr Stadtrat Dr. Kahle, Franz
Herr Kemmler, Jan
Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela e.
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr.
Marlis
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz
Herr Bürgermeister Vaupel, Egon
Herr Aab, Peter
Herr Acker, Matthias
Herr Becker, Reinhold
Frau Brahms, Karin
Herr Chatzievgeniou, Pandelis
Frau Daser, Dagmar
Herr Hussein, Schaker
Frau Lotz-Halilovic, Erika
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer,
Heinrich
Herr Meyer, Uwe
Herr Dr. Musket, Ralf
Frau Schlüter-Böhm, Julia
Frau Schröter, Roxane
Frau Schulze-Stampe, Ursula
Frau Seelig, Johanna
Frau Sell, Sonja
Herr Severin, Ulrich
Frau Spies, Pauli
Frau Dr. Weinbach, Kerstin
Frau Dersch, Christine
Frau Gottschlich, Hannelore
Herr Heck, Hermann
Herr Heubel, Christian
Frau Kaufmann, Anita
Herr Kissel, Winfried
Herr Lohse, Ingo
Frau Oppermann, Anne
Herr Rehlich, Jürgen
Frau Rising Hintz, Gunilla
Frau Röhrkohl, Anni
Frau Schaffner, Karin

Herr Scherer, August
Herr Usinger, Alexander
Herr Dr. Wulff, Reimer
Frau Dr. Baumann, Petra
Herr Flohrschütz, Rainer
Herr Göttling, Dietmar
Herr Keller, Manfred
Frau Lakner, Anna Katharina
Frau Laßmann, Alev
Herr Markus, Jürgen
Frau Neuwohner, Elke
Frau Perabo, Dr. Christa
Herr Schäfer, Wolfram
Frau Gottschaldt, Eva Christiane
Frau Kolter, Astrid
Herr Köster-Sollwedel, Henning
Herr Metz, Peter
Frau Richter, Anke
Herr Schwindack, Frédéric
Herr Zaun, Herbert
Herr Röllmann, Jan-Bernd
Frau Schwebel, Gerlinde
Herr Wüst, Wilfried
Herr Dr. Huesmann, Gregor

Entschuldigt fehlen:

Frau Stadträtin Dinnebier, Käte	e.
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich	e.
Frau Mehnert, Ute	e.
Frau Pötter, Claudia	e.
Herr Faecks, Fridhelm	e.
Herr Ludwig, Heinz	e.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer eröffnet die Sitzung um 17:07 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Die Stadtverordnete Dr. Christa Perabo (B90/Die Grünen) hat heute Geburtstag. Der Stadtverordnetenvorsteher und der Oberbürgermeister gratulieren jeweils mit einem Blumenstrauß und wünschen für die Zukunft alles Gute.

Ferner wird der neue Stadtverordnete Jan Kemmler (SPD) begrüßt. Der Stadtverordnete Kemmler ist im August als Nachfolger für die ausgeschiedene Stadtverordnete Kirsten Dinnebieer nachgerückt. Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit.

Weiterhin wird ausdrücklich der Vorsitzende des Ausländerbeirates der Universitätsstadt Marburg, Dr. Kamal Sido begrüßt, der an der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teilnimmt.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Juli 2003 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Einwände gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen.

Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 2 Ergänzungen der Tagesordnung

Die Fraktionen B90/Die Grünen, SPD und PDS/ML legen einen Dringlichkeitsantrag, betr. Sparpaket der Hessischen Landesregierung für das Haushaltsjahr 2004, vor.

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, wurde in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates bereits einvernehmlich vereinbart, den Dringlichkeitsantrag als TOP 6.1 in die Tagesordnung einzufügen. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt dies einstimmig.

Weiterhin wird von den Fraktionen SPD und B90/Die Grünen ein Dringlichkeitsantrag vorgelegt, betreffend Planung Zusammenlegen der Uni – Klinika Marburg und Gießen.

Die Stadtverordnete Dr. Weinbach (SPD) begründet die Dringlichkeit der Vorlage zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht die Stadtverordnete Dr. Oppermann (CDU).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen nur die Stadtverordneten der

SPD, der Grünen und der PDS die Dringlichkeit. Damit ist die von der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) geforderte Mehrheit von 2/3 der Stadtverordnetenversammlung nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Beide Dringlichkeitsanträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen.

Er geht besonders auf den Tagesordnungspunkt 7.9, Antrag der BfM-Fraktion betr. Einrichtung eines Ortsbeirates im Stadtteil Richtsberg, ein. Auf dem Richtsberg wird im nächsten Jahr eine Bürgerversammlung betreffend der Einrichtung eines Ortsbeirates stattfinden. Der Antrag wird daher von den Antragstellern für heute für erledigt erklärt. Eine Abstimmung darüber ist nicht mehr erforderlich.

zu 3 **Fragestunde**

zu 3.1 **Frage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr.1 09/03)** **Vorlage: VO/1625/2003**

Plant der Magistrat, wie in anderen Kommunen bereits erfolgt, zukünftig bei Eheschließungen /Trauungen unter Androhung von Bußgeld das Werfen von Reis (Futter für Tauben und Ratten) zu verbieten?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Es ist nicht vorgesehen, bei Eheschließungen das Werfen von Reis unter Androhung von Bußgeld zu verbieten.

Das Werfen von Reis auf die Häupter der Neuvermählten ist ein alter Brauch und soll Glück und Kindersegen bringen (gerade in Zeiten rückläufiger Geburtenzahlen bevölkerungspolitisch wichtig). Auch müssten Fragen geklärt werden, die sich im Zusammenhang mit einem Verbot ergeben:

Soll das Verbot über die Eheschließungen durchgesetzt werden?

Dies bedeutet: Bei der Anmeldung ihrer Eheschließung müssten sich die Verlobten wegen der Beweisführung schriftlich erklären, dass sie dafür Sorge tragen werden, dass anlässlich ihrer Trauung kein Reis geworfen wird.

Wie aber soll das Brautpaar das sicherstellen?

Die geladenen Gäste können sich ja evtl. noch über das Verbot informieren. Was ist aber mit den anderen Gratulanten, die unerwartet vor dem Standesamt warten?

Wer soll das Verbot überwachen?

Ein Verbot, das nicht überwacht wird, wird nicht eingehalten.

Soll ein Mitarbeiter der Verwaltung an den Tagen, an denen Eheschließungen stattfinden, vor dem Standesamt platziert werden, um die Reiswerfer dann sofort

zur Kasse zu bitten oder ihnen einen Bußgeldbescheid auszuhändigen? Oder soll das Brautpaar in Regress genommen werden, da es ja eine schriftliche Erklärung abgegeben hat?

Wir halten dieses Verbot des Reiswerfens unter Androhung von Bußgeld für überzogen.

Das Standesamt weist die Paare darauf hin, dass das Werfen von Reis auf ein Minimum beschränkt werden sollte. Diese Verfahrensweise erscheint und ausreichend.

Im übrigen wurden von dem Standesamt noch keine Ratten gesichtet. Auch die Anzahl der Tauben, die sich über die Reiskörner hermachen, hält sich in erträglichen Grenzen.

**zu 3.2 Frage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr.2 09/03)
Vorlage: VO/1626/2003**

Ist dem Magistrat bekannt, ob nach der am 18.7.2003 beschlossenen Gefahrenabwehrverordnung Basketballplätze als Spiel- oder als Bolzplätze betrachtet werden, und wenn ja, als was und wieso?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Basketballplätze fallen grundsätzlich nicht unter die Regelung des § 6 der am 18.07.2003 beschlossenen Gefahrenabwehrverordnung (Benutzung der Kinderspielplätze und Bolzplätze). Hier gelten die Bestimmungen der Hess. LärmVO.

Allerdings befinden sich die meisten Basketballanlagen auf Schulhöfen, so dass eine privatrechtliche Regelung der Nutzung möglich ist.

**zu 3.3 Frage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr.3 09/03)
Vorlage: VO/1627/2003**

Ist dem Magistrat bekannt, in wieweit es möglich ist, den Gerhard-Jahn-Platz zwischen Cineplex und diversen Gastronomiebetrieben zu möblieren, bzw. der Gastronomie zu erlauben, dort Tische und Bänke aufzustellen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Den Gastronomiebetrieben am Gerhardt-Jahn-Platz wurde bereits nach den jeweiligen Bestimmungen der Sondernutzungssatzung und des Gaststättengesetzes das Aufstellen von Tischen und Stühlen erlaubt.

zu 3.4 Frage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr.4 09/03)

Vorlage: VO/1628/2003

Können die Stadtwerke Auskunft geben, wie gut das Angebot der Schüler-Ferienkarte während der diesjährigen Sommerferien angenommen wurde?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Es wurden für die Stadtmitte rd. 360 und die Stadtteile rd. 85 Ferienkarten verkauft (davon 137 / 8 in Verbindung mit dem Ferienpass). Damit entsprechen die Zahlen in etwa den Verkaufszahlen in 2002. Verkäufe in andere Tarifgebiete (insgesamt 12 Karten) spielen eine untergeordnete Rolle.

**zu 3.5 Frage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr.5 09/03)
Vorlage: VO/1629/2003**

Kann der Bäderdezernent Auskunft über die Besucherzahlen des AquaMar während der diesjährigen Sommerferien geben? Waren die Besucher mit der Preisgestaltung zufrieden?

Es antwortet der Bürgermeister.

Insgesamt haben 81.548 Gäste in den Sommerferien das AquaMar und das Freibad besucht. Die Besucher waren mit der Preisgestaltung mehr als zufrieden. Manche zeigten sich sogar sehr überrascht über den überaus günstigen Eintrittspreis. Allerdings entsprechen die erzielten Erlöse nicht den Plan-Vorstellungen. Deswegen sollte über eine Entgeltanpassung im nächsten Sommer nachgedacht werden. Insgesamt waren es 350.000 Besucher im Jahre 2003.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Lohse und Heck (CDU) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 3.6 Frage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr.6 09/03)
Vorlage: VO/1631/2003**

Hat sich der Magistrat in der Vergangenheit für die Aufstellung von „braunen Hinweistafeln“ auf die Universitätsstadt Marburg an der „Stadtautobahn“ eingesetzt? Wenn ja, was ist aus dem Einsatz geworden und warum stehen die Hinweistafeln noch nicht?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Von Seiten der Straßenverkehrsbehörde wurde bereits am 01.09.1993 beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie die Aufstellung von zwei Unterrichtungstafeln - „braunen Hinweistafeln“ - an der B 3-Kraftfahrstraße beantragt. Dem Antrag ist von Seiten des Ministeriums am 19.01.1994 grundsätzlich zugestimmt worden.

Die Angelegenheit ist von Seiten der Straßenverkehrsbehörde jedoch nicht mehr weiter verfolgt worden, weil für die Aufstellung der Unterrichtungstafeln -

seinerzeit ca. 20.000 bis 25.000 DM - haushaltsmäßig nicht zur Verfügung gestellt worden sind.

Die Straßenverkehrsbehörde hält die Aufstellung von Unterrichtungstafeln, die auf touristische bzw. historische Bauten - „Landgrafenschloss und Elisabethkirche“ - im Stadtgebiet hinweisen sollen nach wie vor für wünschenswert.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Meyer (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 3.7 **Frage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr.7 09/03)**
Vorlage: VO/1647/2003

Wie ist die Situation der Toilettenanlage am Oberstadtaufzug?
Wer ist für die Reinigung verantwortlich und unter wessen Aufsicht steht die Anlage?

Es antwortet der Bürgermeister.

Die Stadt hat durch Vertrag vom 11. 2. 1992 den in ihrem Eigentum stehenden Verkaufskiosk mit Lagerraum und Personaltoilette an die Fa. Moeser – Tabakwaren aus Lollar verpachtet. Diese hat den Kiosk an Herrn Eberhard unterverpachtet.

Die in der Aufzugsanlage vorhandene öffentliche Toilettenanlage für Damen und Herren sowie Behinderte wird von der Fa. Moeser bzw. dem Unterpächter lt. § 3 dieses Vertrages betreut, bzw. gereinigt, und zwar analog § 9 des geschlossenen Pachtvertrages.

In § 9 des geschlossenen Pachtvertrages heißt es:

*„Die Reinigung der Toilettenanlage wird durch die Pächterin oder von ihr beauftragten Personen ausgeführt. Sie verpflichtet sich, mehrmals täglich die Toiletten auf den sauberen Zustand hin zu überprüfen. Werden starke Verschmutzungen festgestellt, so hat sie unverzüglich die Reinigung vorzunehmen. **Morgens ist vor Öffnung des Verkaufskiosk eine Reinigung der Toilettenanlage vorzunehmen.** Der Schließdienst für die Toilettenanlage wird folgendermaßen geregelt:*

- 1. Die Pächterin oder ihre Beauftragten öffnen jeden Morgen die Toilettenanlage, und zwar zusammen mit der Öffnung des Kioskes, spätestens um 7.30 Uhr.*
- 2. Die Schließung der Toilettenanlage wird abends durch Beauftragte der Stadt Marburg (Parkhausverwaltung) vorgenommen.*
- 3. Die Öffnung der Toilettenanlage muss immer gewährleistet sein, wenn also der Betreiber des Kioskes diesen nicht geöffnet hat, so hat er dies der Parkhausverwaltung unter der Rufnummer 205150 vorher mitzuteilen. Insbesondere in Urlaubszeiten oder in Zeiten der Betriebsferien ist eine*

Absprache mit dem Parkhaus dringend erforderlich.

4. Die Stadt Marburg stellt die Reinigungsmittel, die Reinigungsgeräte und das benötigte Toilettenpapier für die Toilettenanlage zur Verfügung.

Die Stadt Marburg erhält für den verpachteten Kiosk von der Fa. Moeser lediglich die Nebenkosten. Ein Pachtzins ist in dem Pachtvertrag zwar genannt, wird entsprechend § 4 Abs. 2 aber gegen die Verpflichtung zur Reinigung der Toilettenanlage gegenseitig aufgerechnet. Die Aufsichtsfunktionen über den Kiosk wird von der Parkhausverwaltung Pilgrimstein wahrgenommen. Die Aufsichtsfunktion hinsichtlich baulicher Mängel (z. B. auch Graffitis) wird vom FD Hochbau wahrgenommen.

In den vergangenen Monaten haben unter Beteiligung der Gebäudewirtschaft, der Parkraumbewirtschaftung, der Fa. Moeser und dem Kioskbetreiber Eberhard mehrere Gespräche stattgefunden, die zum Inhalt den Reinigungszustand der öffentlichen Toiletten hatten.

Als Ergebnis aus diesen Gesprächen konnte folgendes festgehalten werden:

Der Zustand der öffentlichen Toilettenanlage hat sich mit Ausdehnung der Öffnungszeiten von vormals 20.00 Uhr nun bis 01.30 Uhr nachts sukzessive verschlechtert. Insbesondere in den Abendstunden wird die öffentliche Toilettenanlage von Drogenkranken aber auch von anderem „schwierigem Klientel“ aufgesucht. Insbesondere in den Abendstunden werden immer wieder Graffitis angebracht und Vandalismusschäden verursacht.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Schulze-Stampe (SPD) werden ebenfalls vom Bürgermeister und von Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **3.8** **Frage der Stadtverordneten Roxane Schröter (Nr.8 09/03)**
Vorlage: VO/1652/2003

Ist dem Magistrat bekannt, dass für Fußgänger zwischen dem Oberstadtaufzug und der Bushaltestelle Erlenring in Richtung Ortenberg Wartezeiten von insgesamt über 10 Minuten an den Ampeln auf diesem Weg häufig entstehen, und sieht er eine Möglichkeit, durch geeignete Ampelschaltung, sowohl an der Ampelanlage am Rudolphsplatz/Kino als auch am Elisabeth-Blochmann-Platz/Marburger Neue Mitte dem Abhilfe zu schaffen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Nach Feststellung der Straßenverkehrsbehörde benötigt ein Fußgänger/eine Fußgängerin mit langsamen Schrittempo zwischen dem Oberstadtaufzug und der Bushaltestelle Erlenring max. 6 Minuten. Längere Wegezeiten können nur dann entstehen, wenn Schaufensterauslagen, Kino-Reklamen angeschaut bzw. gelesen werden.

Von Seiten der Straßenverkehrsbehörde ist nicht beabsichtigt, Änderungen vorzunehmen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schröter und Sell (SPD) sowie Köster (PDS/ML) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **3.9** **Frage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.9 09/03)**
Vorlage: VO/1729/2003

Wird von dem sog. "Ökokonto" gemäß § 6 b des Hessischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 18.06.2002 Gebrauch gemacht, und in welcher Weise wird das Führen von Ökokonten durch "Ökopunkte" verwaltungsmäßig gehandhabt?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Da der Fragesteller noch nicht anwesend ist wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Von dem Ökokonto gemäß § 6 b Abs. 5 HENatG wird Gebrauch gemacht. Bisher wurde ein Ökokonto für den Fachdienst 66 (Tiefbau) eingerichtet. Ein weiterer Antrag auf Einrichtung eines Ökokontos vom Fachdienst 42 (Sport) liegt uns vor. Dieser befindet sich noch in Bearbeitung.

Die verwaltungsmäßige Handhabung erfolgt gemäß § 6 b Abs. 5 HENatG in Verbindung mit den Hinweisen des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Führung des Ökokontos vom 20.05.1996, die laut Regierungspräsidium Gießen als Empfehlung fortgelten.

Eine anrechenbare Maßnahme muss folgende Voraussetzungen erfüllen:

1. Es muss sich um eine intensive Maßnahme des Naturschutzes oder der Landschaftspflege ohne rechtliche Verpflichtung des Antragstellers handeln.
2. Die Maßnahme soll den Darstellungen des Landschaftsplanes oder sonstigen Fachplanungen entsprechen.
3. Die Untere Naturschutzbehörde muss der Maßnahme vorher zugestimmt haben.

Die Berechnung der Ökopunkte erfolgt auf der Grundlage der Wertliste der Ausgleichsabgabenverordnung. Wird die Maßnahme von Dritten gefördert, erfolgt die Anrechnung in dem Verhältnis, in welchem der Antragsteller die Kosten getragen hat. Das Ökokonto wird auf einem Formblatt geführt, welches wir in Kopie zur Kenntnisnahme beifügen.

Das Ökokonto kann dann bei Eingriffen, die nicht vollständig ausgeglichen werden, in Anspruch genommen werden.

Das Formblatt für das Ökokonto liegt dem Protokoll als Anlage bei.

zu **3.10** **Frage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.10 09/03)**
Vorlage: VO/1686/2003

Ausgewiesene Naturdenkmale und geschützte Landschaftsteile nach § 16 HENatG / Einstweilige Sicherstellungen nach § 18

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Da der Fragesteller noch nicht anwesend ist wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

In der Stadt Marburg existieren derzeit 16 ausgewiesene Naturdenkmale und 1 einstweilig sichergestelltes Naturdenkmal (siehe Liste im Anhang).

Einstweilig sichergestellt ist ferner das zukünftige Naturschutzgebiet "Dammelsberg und Köhlersgrund".

Geschützte Landschaftsbestandteile existieren nicht.

Das Verzeichnis der Naturdenkmale liegt dem Protokoll als Anlage bei.

zu **3.11** **Frage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.11 09/03)**
Vorlage: VO/1649/2003

Mit welchen Maßnahmen gedenkt der Magistrat, für die Anwohner der südlichen Lahnaue den laut § 3 Abs. 3 der Hessischen Lärmverordnung garantierten Schutz der Feiertagsruhe durchsetzen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Der Schutz der Feiertage kann auf die gleiche Weise durchgesetzt werden wie die Nachtruhe, soweit es die personellen Möglichkeiten zulassen durch Kontrollen unserer Außendienstmitarbeiter sowie durch Maßnahmen der Polizei.

zu **3.12** **Frage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.12 09/03)**
Vorlage: VO/1687/2003

Hat der Magistrat die Absicht, Konsequenzen aus der parlamentarischen Akzeptanz größerer Menschenansammlungen bei sommerlichen Grillparties an der südlichen Lahnaue zu ziehen und dort öffentliche Toilettenanlagen einzurichten?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Es handelt sich bei der südlichen Lahnaue nicht um einen ausgewiesenen Grillplatz. Die Einrichtung einer öffentlichen Toilettenanlage ist deshalb nicht vorgesehen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **3.13** **Frage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr.13 09/03)**
Vorlage: VO/1688/2003

Wann plant der Magistrat die in Weidenhausen vorgesehene Radverbindung von

der Straße "Am Brännchen" in Richtung Friedensplatz zu realisieren?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Da die Fragestellerin noch nicht anwesend ist wird die Frage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Eine Radwegeverbindung von der Straße „Am Brückchen“ Richtung Friedensplatz ist im von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Radverkehrsplan Marburg nicht vorgesehen. Gemäß gültigem Radverkehrsplan besteht in Weidenhausen bereits ein relativ dichtes Netz an Radwegeverbindungen entweder als Trasse oder in verkehrsverlangsamten Zonen, in denen keine eigenen Radwege gebaut werden: Weidenhäuser Straße, Kappesgasse, Auf dem Wehr, Hahngasse, Löchelsgäßchen, Bei der Hirsemühle, Trojedamm, Sfaxer Straße, Friedensplatz, Mariborer Straße, Poitiers Straße.

Die angesprochene weitere Verbindung würde die Vernetzung nochmals verbessern, ist aber im Sanierungsbebauungsplan für das Gebiet bislang nur als Fußweg vorgesehen, könnte aber bei Einhaltung niedriger Fahrgeschwindigkeiten auch für Fahrräder freigegeben werden. Die Realisierung der Verbindung konnte bislang nicht vollzogen werden, da der notwendige Grunderwerb für ein Teilstück immer wieder gescheitert ist.

zu **3.14** **Frage der Stadtverordneten Dr. Kerstin Weinbach (Nr.14 09/03)**
Vorlage: VO/1690/2003

Wie ist der Stand der Dinge in Sachen Marburg als (Mannschafts-/Trainings-) Standort für die Fußball-WM 2006? Gibt es schon konkretere Planungen und wenn ja, wie sehen die aus?

Es antwortet der Bürgermeister.

Das Parlament hat mit Beschluss vom 30.08.2002 einstimmig dem Magistrat den Auftrag erteilt, „zur Prüfung und Wahrnehmung der Chancen unserer Stadt Marburg als Mannschafstquartier bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.“

Am 09. September 2002 ist daraufhin die Bewerbung beim Organisationskomitee des Deutschen Fußballvereins abgegeben worden.

Am 18. März 2003 hat eine Besichtigung der Sportstätten und des Hotels stattgefunden.

Die Oberhessische Presse hat am 31. Mai diesen Jahres berichtet, dass das Organisationskomitee (OK) des DFB Marburg das Gütesiegel „WM-tauglich“ verliehen habe und begründet dies, in dem sie den Vizepräsidenten des OK, Herrn Wolfgang Nierbach zitiert. Dem Fachdienst Sport war diese Einschätzung des OK zu diesem Zeitpunkt offiziell noch nicht bekannt.

Marburg wird also in den Katalog der ausgewählten Mannschafstquartiere

aufgenommen werden, der bis Mitte 2004 gedruckt vorliegen soll.

Die Verbände der teilnehmenden 32 Mannschaften, die sich bis auf Brasilien und Deutschland noch qualifizieren müssen, könnten dann anhand dieses Kataloges auswählen, für welche Stadt sie sich entscheiden.

Da sich die Mehrzahl der WM-Teilnehmer aber erst Mitte 2005 für die WM 2006 qualifizieren, wird es also noch eine Weile dauern bis wir wissen, ob Marburg von einem der Verbände ausgewählt wurde.

Es wird also notwendig sein, sich den Verbänden angemessen zu präsentieren und für den Standort Marburg zu werben.

Der Fachdienst Sport wird sich deshalb auch weiterhin intensiv darum bemühen, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln ein positives Ergebnis zu erreichen. In dieser Bewerbungsphase ist es natürlich besonders hilfreich, wenn die WM-Bewerbung Marburg von den Mandatsträgern auch weiterhin so geschlossen vertreten wird, wie dies bisher der Fall gewesen ist.

Der Fachdienst Sport bittet bei dieser Gelegenheit sehr herzlich darum, ihm diese Unterstützung nicht zu entziehen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (PDS/ML) wird ebenfalls vom Bürgermeister beantwortet.

zu **3.15** **Frage der Stadtverordneten Dr. Kerstin Weinbach (Nr.15 09/03)**
Vorlage: VO/1691/2003

Welche Zuwendungsbescheide des Landes Hessen für die Stadt bzw. öffentliche Einrichtungen in Marburg sind in diesem Jahr bislang übergeben worden und für welche Jahre ist dabei jeweils die entsprechende Auszahlung vorgesehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Unter Mitwirkung bzw. Kenntnisnahme des Fachdienstes 20.1 wurden folgende größere Förderanträge an das Land Hessen gestellt, für die im Haushaltsjahr 2003 Förderbescheide eingegangen sind bzw. wahrscheinlich noch eingehen werden.

Maßnahme	federführender Fachdienst	Antrag vom	Förderung nach	beanbew Förd
Zuweisungen für öffentliche Bibliotheken	44	07.02.2003	FAG	58.0
Verlängerung des Sohlgrabens zur Busanbindung des Neubaugebietes „Moischer Straße“ in MR-Cappel	66	24.02.2003	GVFG	232.5
Erneuerung des Ortenbergsteges	66	16.04.2003	GVFG	1.215.
Erweiterung des Feuerwehrhauses in der „Wilhelm-Roser-Str.“	37	23.05.2002	Projekt-Förderung	41.0

zu **3.16** **Frage der Stadtverordneten Pauli Spies (Nr.16 09/03)**
Vorlage: VO/1692/2003

Was ist aus dem Ganztagsschul-Programm der Bundesregierung geworden, wie soll die Umsetzung vor Ort aussehen? Gibt es schon Richtlinien dazu von Seiten des Landes und wenn ja, wie sehen die aus?

Es antwortet der Bürgermeister.

Der Bund stellt in den Jahren 2003 - 2007 insgesamt 4 Milliarden Euro an Finanzhilfen für Investitionen zum Aufbau neuer Ganztagschulen bzw. zur Weiterentwicklung bestehender Ganztagsangebote zur Verfügung. Von diesem Betrag erhält das Land Hessen ca. 280 Mio. Euro, die entsprechend der Schülerzahlen an die Kommunen weitergeleitet werden.

Nach den inzwischen vorliegenden Förderrichtlinien werden zunächst lediglich 75 % der auf die Kommunen entfallenden Mittel zugewiesen. Die restlichen 25 % der Fördersumme sind „zur Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und zur Gestaltung eines ausgeglichenen Schulangebotes in ganz Hessen vorgesehen“.

Für die Stadt Marburg bedeutet dies zunächst einen Investitionszuschuss im Jahr 2003 in Höhe von 170.000,00 € und für das Jahr 2004 in Höhe von ca. 570.000,00 €.

Auf die Jahre 2003 - 2007 bezogen ergibt sich somit ein Investitionszuschuss in Höhe von ca. 2,2 Mio. €, wobei wir davon ausgehen, dass die bisher nicht konkret zugewiesenen 25 % ebenfalls zusätzlich bewilligt werden können.

Gefördert werden Investitionen zum Aufbau bzw. zur Weiterentwicklung der Ganztagsangebote, insbesondere Neubauten, Ausbauten, Umbauten, Renovierungsmaßnahmen und Ausstattungsinvestitionen. Dazu gehören beispielsweise zusätzliche Betreuungsräume, Bibliotheken oder Cafeterien.

Die Förderung bezieht sich auf die Grundschulen, die Schulen der Sekundarstufe I und die Sonderschulen. Leider sind somit die Schüler/innen der Sekundarstufe II nicht berücksichtigt, obwohl die Stadt Marburg gerade in dieser Schulform hohe Schülerzahlen zu verzeichnen hat.

Personal-, Betriebs- und Verwaltungskosten werden nicht gefördert.

Seitens der Kommunen ist ein Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 % zu erbringen.

Der Zuschuss für die Haushaltsjahre 2003 und 2004 soll vorrangig für den dringend notwendigen Ausbau an der Theodor-Heuss-Schule beantragt werden.

Hinsichtlich der Folgejahre wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen aufgrund der Weiterentwicklung der Ganztagsangebote in den verschiedenen Schulen zu entscheiden sein, welche Investitionsmaßnahmen notwendig und förderungsfähig sind.

Abschließend ist festzuhalten, dass wir uns sehr über den Bundeszuschuss freuen, aber feststellen müssen, dass die Umsetzung durch die Richtlinien des Landes im Hinblick auf das Antragsverfahren einen hohen Verwaltungsaufwand verursachen wird.

zu **3.17 Frage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr.17 09/03)**
Vorlage: VO/1670/2003

Veröffentlichten Äußerungen des MitteHessen e. V.-Geschäftsführers Dr. Leder ist zu entnehmen, dass nach einer bereits stattgefundenen „Innovationskonferenz“ in nächster Zeit drei weitere Konferenzen folgen werden - wird wenigstens eine davon in Marburg stattfinden und wann wird die Marburger Stadtverordnetenversammlung über diese wie auch über die anderen laufenden Aktivitäten des Vereins informiert?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Es ist richtig, dass im Rahmen der Arbeit des Vereins Mitte Hessen e. V. zukünftig Konferenzen zu einschlägigen Themen organisiert werden sollen. Marburg ist aufgrund seiner Struktur und der im Rahmen der Wirtschaftsförderung geleisteten Vorarbeiten insbesondere für die Technologiethemata (Biotechnologie, Nanotechnologie) interessant. Dementsprechend gehen alle Bestrebungen dahin, diese Themen in Marburg öffentlichkeitswirksam zu behandeln. Dies schließt die Aktivitäten des Vereins "Mitte Hessen e. V." ein.

Hessenweit öffentlichkeitswirksam wird im Übrigen die Initiative Biotechnologie Marburg mit angrenzenden Wissenschaftsgebieten (Nanotechnologie) bereits am 8. Oktober 2003 im Rahmen auf dem Hessischen Mittelstandstag im Marburger Schloss thematisiert werden.

Was weitere Aktivitäten des Vereins Mitte Hessen angeht, verweise ich auf die Stellungnahme zum Antrag der BfM Fraktion betreffend Regionalinitiative Mitte Hessen vom 28.08.2003.

„Der Verein „Mitte Hessen e. V.“ war in den ersten Monaten seines Bestehens neben dem Aufbau einer erforderlichen Organisation zur Durchführung der Geschäfte insbesondere mit folgenden Aufgaben / Themen beschäftigt:

1. Veranstaltung der Innovationskonferenz Mittelhessen

2. Umsetzung des Marketing für das Projekt „Studium Plus“
3. Einrichtung von Arbeitskreisen zu Technologiethemen (Nanotechnologie, Automatisierungstechnik)
4. Veranstaltung einer mittelhessischen Infrastruktur- / Mobilitätskonferenz (in Planung für 15.09.2003)
5. Umsetzung eines mittelhessischen Gründerfonds (in Vorbereitung)
6. Behandlung von Förderanträgen (u. a. Business Angels Netzwerk Mittelhessen)

Was die Behandlung der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Initiative zur Errichtung eines Nano-Technologie-Zentrums in der Region Mittelhessen angeht, sei an dieser Stelle auf folgende Arbeiter / Projekte verwiesen:

1. Erste Sitzung des Arbeitskreises Nanotechnologie am 21. Juli 2003 (siehe Ergebnisprotokoll in der Anlage)
2. Zweite Sitzung des Arbeitskreises Nanotechnologie am 7. Oktober 2003“

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Acker (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 3.18 Frage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr.18 09/03)
Vorlage: VO/1693/2003**

Wie viele Gewerbebetriebe, getrennt nach Kleinst-, Klein-, Mittel- und Großbetriebe und die Jahre 1992, 1997 und 2002, gab es in Marburg insgesamt und wie viele davon haben in den og. Jahre tatsächlich Gewerbesteuer gezahlt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Eine Statistik zur gefragten Problematik existiert nur sehr bedingt. Beim Fachdienst 32 (Gefahrenabwehr, Gewerbe und Bußgeldstelle) wird nur nach Branchen unterschieden. Hinsichtlich der Zahlen für die Gewerbesteuer können für den Erhebungszeitraum 1992 keine Angaben gemacht werden, da eine Statistik für diesen Zeitraum nicht zur Verfügung steht. Eine Aufteilung nach Kleinst-, Klein-, Mittel- und Großbetrieben kann nicht vorgenommen werden, da keine Statistik hierüber geführt wird und auch ein eindeutiges Kriterium für diese Unterteilung fehlt.

	1992	1997	2002
Hersteller / Industrie	81	68	73
Handwerk	468	462	469
Groß-/ Einzelhandel	994	1.190	1.223
Sonstige	1.247	1.757	2.270
Gaststätten	251	268	297
Summe	3.041	3.745	4.332
Davon Gewerbesteuer zahlende Betriebe	?	779	614

zu **3.19** **Frage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr.19 09/03)**
Vorlage: VO/1702/2003

Welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat über Verletzungen der Gefahrenabwehrverordnung im zurückliegenden Sommer im Bereich der Lahnufer vor? Wie oft sind Ordnungskräfte / Polizei im og. Bereich im Einsatz gewesen, um die Einhaltung der GAV sicher zu stellen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Im zurückliegenden Sommer sind über 200 Kontrollen durch Polizei und durch Ordnungskräfte durchgeführt worden. Eine Aufteilung der Fälle nach präventiven und repressiven Einsätzen würde einen unverhältnismäßigen Arbeitsaufwand bedeuten. Zweck der Einsätze war neben Lärmbeschwerden, nicht angeleinte Hunde, Müll, Radfahrer auf Gehwegen und Feuerstellen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Metz und Köster (PDS/ML) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **3.20** **Frage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr.20 09/03)**
Vorlage: VO/1703/2003

Was ist der Stand der Sanierungsmaßnahmen im ehemaligen SCM? konkret:

- In welchem Umfang sind die vermietbaren Flächen vermietet?
- Wird der veranschlagte Zuschußbedarf voraussichtlich gehalten / überschritten oder unterschritten?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

- a. Per 01.10.03 liegen wir im TTZ nach Angaben der Liegenschaftsverwaltung (SWImm) schon wieder bei ca. 85 %.
- b. Die Sanierungskosten sind im Plan geblieben. Mit der beschlossenen Kapitalerhöhung von 2,9 Mio € ist das Objekt auf absehbare Zeit in der Lage, sich selbst zu tragen.
Die ursprünglich von der StVV beschlossenen Darlehensmittel für das Jahr 2003 (620 T€), die quartalsweise ausgezahlt werden sollten, wurden schon zum 2. Quartal nicht mehr benötigt.

Wir gehen davon aus, dass sich auch für das Jahr 2004 nichts an dieser Situation ändern wird. Der Wirtschaftsplan 2004 der SCM BVG wird dem HFA im Herbst ordnungsgemäß vorgelegt werden.

Zusätzlich:

Die mehrfach kritisierten "Überwachungsmängel" sind wir bemüht abzubauen. So hat der Aufsichtsrat (Sitzung 25.09.03) der SWM-Unternehmensgruppe für das Jahr 2003 erstmalig einen Wirtschaftsprüfer zur Überprüfung des Jahresabschlusses bestellt.

zu **3.21** **Frage des Stadtverordneten Christian Heubel (Nr.21 09/03)**
Vorlage: VO/1704/2003

Wann sind die städtischen, mobilen Geschwindigkeitsanzeige-Tafeln im Marburger Straßenverkehr wieder einsatzfähig?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Beide Geschwindigkeitsanzeige-Tafeln werden ganzjährig - mit Ausnahme der Reparaturzeiten bzw. während der Frostperiode - im gesamten Stadtgebiet eingesetzt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Heubel (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **3.22** **Frage des Stadtverordneten Christian Heubel (Nr.22 09/03)**
Vorlage: VO/1705/2003

Wie hoch ist der aktuelle Wohngeldantragseingang in der Stadtverwaltung (in den letzten sechs Monaten), und sind die zuletzt bekannt gewordenen Probleme der Bearbeitung inzwischen behoben?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Bei der Wohngeldstelle wurden vom 01.01.2003 bis 15.09.2003 insgesamt 4.162 Wohngeldberechnungen durchgeführt.

Es handelt sich hierbei um

761	Erstanträge
2.072	Wiederholungsanträge
231	Erhöhungsanträge
1.098	Ablehnungen

Die Bearbeitungszeit bis zur Auszahlung des Wohngeldes beträgt derzeit ca. 4 - 8 Wochen. Die Schaffung einer befristeten zusätzlichen Sachbearbeiterstelle zum 01.01.2003 hat hier eine erhebliche Entlastung gebracht.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Heubel (CDU) wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **3.23** **Frage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.23 09/03)**
Vorlage: VO/1716/2003

An welchen Bushaltestellen in der Stadt Marburg gibt es keine Überdachung und an welchen keine Sitzmöglichkeit für Gehbehinderte?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Im Rahmen des Modernisierungsprogramms wurden alle Haltestellen in der Kernstadt besichtigt und deren Zustand bewertet. Die Beschaffenheit der Haltestellen, insbesondere die Einrichtung von Sitzplätzen, sind aus der beigefügten Anlage ersichtlich. An 254 Haltestellen im Stadtgebiet Marburgs stehen 93 Wartehallen.

Die angesprochene Tabelle liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4

Seniorenbeirat

hier: Wahl eines Fraktionsmitglieds der Fraktion B90/Die Grünen als stellvertretendes Mitglied

Vorlage: VO/1653/2003

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster (PDS/ML). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung diese Vorlage beraten. Es liegt nur der in der Vorlage bereits ausgedruckte Wahlvorschlag der Fraktion B90/Die Grünen vor, den Stadtverordneten Rainer Floherschütz als stellvertretendes Mitglied in den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Marburg zu entsenden.

Weitere Vorschläge wurden nicht unterbreitet.

Zur Vereinfachung des Verfahrens empfiehlt der Wahlvorbereitungsausschuss, die Wahl offen durch Handzeichen durchzuführen. Diesem offenen Abstimmungsverfahren wurde im Ausschuss nicht widersprochen.

Auch aus der Stadtverordnetenversammlung wird gegen die offene Form der Abstimmung kein Widerspruch vorgetragen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Stadtverordnete Rainer Floherschütz (B90/Die Grünen) wird als stellvertretendes Mitglied in den Seniorenbeirat (Nachfolger für das ausgeschiedene Mitglied Anna Giede) ernannt.

zu 5

Marburger Ortsrecht

Vorlage: VO/1510/2003

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage, und zwar in

der korrigierten Fassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der als Anlage beigefügter V. Nachtrag zur Satzung über die Bildung der Schulbezirksgrenzen in der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

V. Nachtrag

zur Satzung über die Bildung der Schulbezirksgrenzen in der Universitätsstadt Marburg

Aufgrund der §§ 5, 51 Nr. 6 und 93 Abs. 1 und 2 der Hessischen Gemeindeordnung i.d.F. vom 01. April 1993 (GVBl. I S. 533), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.2002 (GVBl. I S. 342) sowie des § 143 Hessisches Schulgesetz vom 17. Juni 1992 (GVBl. I S. 233) in der Fassung vom 02. August 2002 (GVBl. I. S. 466) hat die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am
folgenden V. Nachtrag zur Satzung über die Bildung der Schulbezirksgrenzen in der Universitätsstadt Marburg beschlossen:

I.

§ 3 der Satzung (Bildung der Schulbezirke der Grundschulen) wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer 02 „Brüder-Grimm-Schule“ (Schulbezirksnr. 53001) wird „Gerhard-Jahn-Platz“ in alphabetischer Reihenfolge eingefügt.
2. In Ziffer 06 „Theodor-Heuss-Schule“ (Schulbezirksnr. 53013) wird in alphabetischer Reihenfolge ergänzt: „An den Weiden, Helwigswiese, Karl-Theodor-Bleek-Platz, Karl-Theodor-Bleek-Steg, Wäldchesborn“.
3. In Ziffer 09 „Waldschule Wehrda“ (Schulbezirksnr. 53014) wird in alphabetischer Reihenfolge ergänzt: „Am Weißenstein, Auf der Grube“.
4. In Ziffer 10 „Erich Kästner-Schule“ (Schulbezirksnr. 53002) wird in alphabetischer Reihenfolge eingefügt: „Auf dem Halmburger, Auf der Appeling, Dünsbergstraße“.
5. In Ziffer 11 „Grundschule Michelbach“ (Schulbezirksnr. 53009) wird in alphabetischer Reihenfolge ergänzt: „Am Kornfeld, Bachrücken, Goßfeldener Allee, Zur Feldscheune“.

II.

Dieser V. Nachtrag tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Marburg,

Dietrich Möller
Oberbürgermeister

zu 6 **Dringlichkeitsanträge**

zu 6.1 **Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD und PDS/ML betr. Sparpaket der hessischen Landesregierung für das Haushaltsjahr 2004
Vorlage: VO/1731/2003**

Zunächst spricht zu diesem Dringlichkeitsantrag der Oberbürgermeister. Er gibt dem im Antragstenor angesprochenen Bericht. Ferner nehmen Bürgermeister Vaupel und Stadtrat Dr. Kahle für den Magistrat Stellung. Weiterhin sprechen die Stadtverordneten Köster (PDS/ML), Severin (SPD), Oppermann (CDU) und Göttling (B90/Die Grünen).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, CDU, Die Grünen und PDS, bei Enthaltungen aus FDP, BfM und einigen Enthaltungen aus der MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert die Stadtverordnetenversammlung unverzüglich über nachfolgende Punkte zu informieren:

- 1. Welche Einrichtungen, Vereine und sonstigen Institutionen in Marburg, die bisher vom Land finanziell unterstützt werden, sind vom Sparpaket der Landesregierung betroffen? Ist es jetzt schon absehbar, inwieweit die Existenz dieser Einrichtungen dadurch gefährdet ist?**
- 2. Wird die hohe Qualität der Marburger Infrastruktur im sozialen, ökologischen und kulturellem Bereich durch die Beschlüsse der Landesregierung nachhaltig geschädigt?**
- 3. Sieht der Magistrat Möglichkeiten die negativen Auswirkungen des Sparpakets der Landesregierung für die Marburger Bürgerinnen und Bürger abzumildern.**
- 4. Sieht der Magistrat die Möglichkeit Einfluss auf die hiesigen Landtagsabgeordneten auszuüben, damit das Sparpaket in der jetzigen Form noch verhindert werden kann?**

zu 7 **Anträge der Fraktionen**

zu 7.1 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Zentrum gegen Vertreibungen**
Vorlage: VO/1506/2003

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand des Protokolls. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde beantragt. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Gottschlich (CDU), Gottschaldt (PDS/ML), Schäfer (B90/Die Grünen), Schwebel (FDP), Huesmann (MBL), Severin (SPD) und Schwindack (BfM).

Anschließend fasst die Stadtverordnetenversammlung mit Ja-Stimmen aus CDU und FDP, bei Nein-Stimmen aus SPD, B90/Die Grünen und PDS und Enthaltungen der Fraktionen BfM und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 7.2 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Erhalt des Verbots der Wohnraumzweckentfremdung**
Vorlage: VO/1514/2003

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Annahme der Vorlage. Aussprache wurde beantragt.

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (B90/Die Grünen). Auch der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Markus (B90/Die Grünen), Sell (SPD), Lohse (CDU), Huesmann (MBL) sowie für den Magistrat Oberbürgermeister Möller, Bürgermeister Vaupel und Stadtrat Dr. Kahle.

Während der Aussprache hat von 20:23 Uhr bis 20:47 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe (SPD) die Sitzung geleitet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Die Grünen und PDS/ML, bei Nein-Stimmen der CDU, BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, sich bei der Hessischen Landesregierung und beim Hessischen Städtetag für den Erhalt des Verbots der Wohnraumzweckentfremdung in seiner jetzigen Form einzusetzen.

zu 7.3 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Straße 'Zum Kalkberg' in Michelbach**

Vorlage: VO/1515/2003

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wird beantragt.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (B90/Die Grünen). Auch der Umweltausschuss empfiehlt die Annahme des Antrages.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Meyer (SPD), Oberbürgermeister Möller für den Magistrat, Oppermann (CDU), Wüst (FDP), Aab (SPD) und erneut Oberbürgermeister Möller. Der Stadtverordnete Wüst beantragte in seinem Wortbeitrag, den Antrag für erledigt zu erklären.

Der Stadtverordnetenvorsteher führt dazu jedoch aus, dass gemäß der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung solche Anträge bereits im Ausschuss gestellt werden müssen. Eine Abstimmung über diesen Geschäftsordnungsantrag erfolgt somit nicht.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD und B90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen aus CDU, BfM, FDP und MBL und bei Enthaltung der PDS/ML Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Beschluss des Michelbacher Ortsbeirats vom 8.5.2003 umzusetzen:

Die Straße „Zum Kalkberg“ soll kurzfristig, mindestens noch vor der Eröffnung des Dorfladens, geöffnet und als unmittelbare Verbindung zum Neubaugebiet hergestellt werden.

Der Verkehr soll in Höhe des Wohnhauses Wagner mit den Verkehrsschildern „Vorfahrt vor dem Gegenverkehr“ bzw. „Wartepflicht bei Gegenverkehr“ geregelt werden. Die Durchfahrt soll für LKW's verboten sein. Nach einer Probephase (31.12.2003) wird der Ortsbeirat erneut beraten.

zu 7.4 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Hallenbad Wehrda
Vorlage: VO/1553/2003**

Der Antrag wird von der antragstellenden Fraktion vertagt.

zu 7.5 **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Antragscontrolling im Stadtparlament
Vorlage: VO/1583/2003**

Die Vorlage ist von den Antragstellern im Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform zurückgestellt worden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage ebenfalls zurück.

zu 7.6 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Baumaßnahmen für die Straße 'Am Wäldchesborn'**
Vorlage: VO/1619/2003

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU Fraktion und Nein-Stimmen aus SPD, B90/Die Grünen, BfM, MBL und FDP und bei Enthaltung der PDS folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 7.7 **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Ausschluss von 'Cross-Border-Leasing'-Geschäften**
Vorlage: VO/1636/2003

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand des Protokolls. Der Ausschuss empfiehlt der Vorlage zuzustimmen.

Der Stadtverordnete Röllmann stellt den Geschäftsordnungsantrag, zu dieser Vorlage eine Aussprache durchzuführen und begründet dies. Weiterhin spricht er sich dafür aus, die Vorlage zu vertagen.

Für den Magistrat spricht zu dem Antrag der Oberbürgermeister. Gegen den Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Röllmann spricht der Stadtverordnete Göttling (B90/Die Grünen).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus BfM, MBL und FDP, bei Nein-Stimmen aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Röllmann wird abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, B90/Die Grünen, CDU und PDS und bei Nein-Stimmen aus BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Sogenannte Cross-Border-Leasing-Geschäfte zur Geldbeschaffung für den kommunalen Haushalt werden grundsätzlich ausgeschlossen.

zu 7.8 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Beteiligung der Stadt Marburg am Wettbewerb 'Stadt der Wissenschaft 2005'**
Vorlage: VO/1641/2003

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die stellvertretende Vorsitzende

Stadtverordnete Laßmann (B90/Die Grünen). Der Beschlusstenor des Antrages ist im Schul- und Kulturausschuss in ein Prüfantrag umgewandelt worden. Er hat folgenden Text:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten zu prüfen, welche Voraussetzungen zu schaffen sind, damit sich die Stadt Marburg an der Ausschreibung "Stadt der Wissenschaft 2005" beteiligen kann und mitzuteilen, welche Kosten damit verbunden sind.

Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem geänderten Antragstext.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Im Haupt- und Finanzausschuss wurde der vorliegende Antrag mehrheitlich für erledigt erklärt.

Für die Antragsteller spricht der Stadtverordnete Röllmann (FDP). Für den Magistrat berichtet der Oberbürgermeister.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses abstimmen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, B90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen der FDP, BfM und MBL und bei Enthaltung der PDS/ML Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird als erledigt betrachtet.

zu 7.9 **Antrag der BfM-Fraktion betr.: Einrichtung eines Ortsbeirats im Stadtteil Richtsberg**
Vorlage: VO/1655/2003

Der Antrag ist im Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform zurückgezogen worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 7.10 **Antrag der BfM-Fraktion betr.: Künftige Nutzung des Botanischen Gartens der Philipps-Universität auf den Lahn-Bergen**
Vorlage: VO/1656/2003

Die Vorlage ist im Umweltausschuss zurückgestellt worden.

Auch im Bau- und Planungsausschuss ist die Vorlage solange zurückgestellt worden, bis das bereits in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr angekündigte Gespräch zwischen Stadt, Universität, Land Hessen usw. erfolgt ist.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage bis auf weiteres zurück.

zu 7.11 **Antrag der BfM-Fraktion betr.: Marburger Aussichtspunkte und Grünschnitt**
Vorlage: VO/1657/2003

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss für erledigt erklärt worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 7.12 **Antrag der BfM-Fraktion betr.: Rechnungswesen der Universitätsstadt Marburg - Doppik**
Vorlage: VO/1658/2003

Der Antrag ist im Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform und im Haupt- und Finanzausschuss für erledigt erklärt worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 7.13 **Antrag der BfM-Fraktion betr.: Gelände des Landes Hessen / Philipps-Universität im Anschluss an das Messe-Gelände in Marburg-Nord**
Vorlage: VO/1659/2003

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (B90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss wie folgt neu gefasst worden:

Der Magistrat wird gebeten, mit der Hessischen Immobilien GmbH Verhandlungen zum Ankauf des Kaufoptionsgeländes Lidl und Schwarz zu den damals (dem Land Hessen) angebotenen Konditionen aufzunehmen oder durch die SEG aufnehmen zu lassen.

Diese Antragsfassung wird jedoch vom Umweltausschuss mehrheitlich zur Ablehnung empfohlen.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU).

Der Beschlusstext des Antrages wurde im Umweltausschuss durch die antragstellende Fraktion dahin gehend abgeändert, dass die Formulierung "Dem Lande Hessen (Philipps-Universität)" ersetzt wird durch "Der Hessischen Immobilien GmbH". In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss dennoch die Ablehnung des geänderten Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen aus BfM, FDP und MBL, Nein-Stimmen aus SPD und B90/Die Grünen und bei Enthaltungen der CDU und der PDS/ML folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 7.14 **Antrag der BfM-Fraktion betr.: Baulandkataster**
Vorlage: VO/1660/2003

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss für erledigt erklärt worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu **7.15** **Antrag der BfM-Fraktion betr.: Regionalinitiative 'Mitte Hessen'**
Vorlage: VO/1661/2003

Für den Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand des Protokolls. Der Ausschuss hat die Vorlage für erledigt angesehen.

Für den Magistrat berichtet der Oberbürgermeister.

Nach dem Bericht erübrigt sich eine Abstimmung.

zu **7.16** **Antrag der BfM-Fraktion betr.: 'Verweil-Inseln' für Kinder in der Marburger Oberstadt und anderen geeigneten Kernstadtbereichen.**
Vorlage: VO/1662/2003

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss für erledigt erklärt worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu **7.17** **Antrag der BfM-Fraktion betr. S-Bahn-Anschluss für Marburg**
Vorlage: VO/1664/2003

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (B90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen aus FDP, BfM und MBL, bei Nein-Stimmen der anderen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu **7.18** **Antrag der B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Marburger Staatsbauamt**
Vorlage: VO/1665/2003

Für den Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand des Protokolls. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, B90/Die

Grünen, BfM, FDP, MBL und PDS/ML, bei Enthaltung der CDU Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, auf die hessische Landesregierung einzuwirken, dass der staatliche Behördenstandort Marburg nicht weiter sukzessive zu Gunsten einer Konzentration staatlicher Regionalbehörden in der Stadt Gießen abgebaut wird. Die Pläne, das Staatsbauamt Marburg in eine Außenstelle der Regionalniederlassung Mitte in Gießen umzuwandeln, führen zu einer weiteren strukturellen Schwächung des Oberzentrums Marburg und werden von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

zu 7.19 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Woche der Archive
Vorlage: VO/1666/2003**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Laßmann (B90/Die Grünen). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Aussprache zu diesem Antrag ist im Ältestenrat angemeldet worden.

Es sprechen der Stadtverordnete Dr. Wulff (CDU), Bürgermeister Vaupel, Schwebel (FDP), Oberbürgermeister Möller und erneut Bürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, B90/Die Grünen und PDS, bei Enthaltungen aus CDU, BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

In Zusammenarbeit mit den verschiedenen in Marburg ansässigen Archiven soll für das nächste Jahr eine „Woche der Archive“ vorbereitet werden, in der diese Archive sich und ihre Arbeit der Öffentlichkeit präsentieren.

zu 7.20 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Bremer Erklärung zur Gleichstellung Behinderter
Vorlage: VO/1668/2003**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (B90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Bremer Erklärung zur Gleichstellung Behinderter.

zu 7.21 **Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr.
Aufenthaltsfläche am Rudolfsplatz
Vorlage: VO/1675/2003**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (B90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, für den Gesamtbereich des Rudolfsplatzes eine Konzeption zu entwickeln; insbesondere die Flächen vor dem Gebäude der Marburger Bank in eine für die Marburger Bürgerinnen und Bürger attraktive urbane Aufenthaltsfläche zu gestalten.

Aussprache wurde angemeldet.

Wortmeldungen für eine Debatte liegen nicht vor. Somit lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, für den Gesamtbereich des Rudolfsplatzes eine Konzeption zu entwickeln; insbesondere die Flächen vor dem Gebäude der Marburger Bank in eine für die Marburger Bürgerinnen und Bürger attraktive urbane Aufenthaltsfläche zu gestalten.

zu 8 **Kenntnisnahmen**

zu 8.1 **Bürger/innenbeteiligung bei der Stadtentwicklungsplanung;
Bericht und Kurzdokumentation der Veranstaltungsreihe des Amtes für
Stadtentwicklung und städtebauliche Planungen 2002 mit einer Auswahl
von Umsetzungsempfehlungen**

Vorlage: VO/1548/2003

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 8.2 **Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2003
hier: Hst. 2.8820/935300.0 'EDV-Anlage'**

Vorlage: VO/1562/2003

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **8.3** **Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2003**
hier: HSt. 6820/9352 'Parkzoneneinrichtung Kernbereiche'
Vorlage: VO/1607/2003

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **8.4** **Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2003**
hier: Hst. 1310/9430 'Klimaanlage Leitstelle'
Vorlage: VO/1606/2003

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 22:10 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Spies
stellv. Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Rehlich
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle